

WER ABBAUT, MUSS AUCH WIEDER AUFBAUEN: GROSSE ERWARTUNGEN AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG



Mit der Vereidigung des neuen Bundeskabinetts am 14. März konnte die monatelange Hängepartie um die neue Regierungsbildung endlich beendet werden.

Weniger eindeutig sind dagegen die energiepolitischen Aussagen und Ziele im Koalitionsvertrag. Zutreffend werden zwar eine Reihe von immer deutlicher zutage tretenden Zielkonflikten beschrieben. Die Lösungen werden aber in das politische Tagesgeschäft der nächsten dreieinhalb Jahre verschoben – z.B. die nochmalige massive Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien bei gleichzeitigem Erhalt der Akzeptanz vor Ort, Bezahlbarkeit des Stroms und dem Schritthalten beim Netzausbau. Gleiches gilt für das Bekenntnis zu einem global koordinierten Klimaschutz – trotz weiterem Mikromanagement zur Erreichung weit über die internationalen Verpflichtungen hinausgehender, rein nationaler Zielvorgaben. Dabei drängt sich die Frage auf, ob die Koalition aus der Zielverfehlung des 2020er Zieles gelernt hat? Bestandsanalyse und Ursachenforschung sind nicht erkennbar. Bei CO² und EEG gilt noch immer „höher, schneller, weiter“. Schemenhaft bleibt bislang auch noch die neu einzurichtende „Kommission für Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“.

Strukturwandel vollzieht sich klassischerweise, wenn dominierende industrielle Strukturen unwirtschaftlich werden (z. B. Steinkohlebergbau) oder große gesellschaftliche Umbrüche (z. B. Wiedervereinigung) geschehen. Im Gegensatz dazu ist der eingeleitete Strukturwandel in den Braunkohlerevieren einzig auf regulatorische Eingriffe der Bundespolitik zurückzuführen. Diese Eingriffe treffen wirtschaftlich gesunde und zukunftsfähige Unternehmen und deren nachgelagerte regionale Wertschöpfungsketten. Aufgrund der unterschiedlichen regionalen

Wirtschaftsstrukturen sind die drei Braunkohlereviere in unterschiedlichem Maß von den Plänen der Bundesregierung betroffen, die Lausitz aber im Besonderen. Die Kommission muss als Plattform für eine an Fakten und nicht allein an politischen Zielen orientierte Diskussion genutzt werden. Versorgungssicherheit, Kosten, Akzeptanz sowie sektorale und regionale Betroffenheit sind keine Randthemen, sondern gehören ins Zentrum der Debatte. Ausgangspunkt muss eine fundierte Analyse sein. Es ist fraglich, wie dieser Prozess bis Ende des Jahres seriös geleistet werden kann. Eine ministerial gelenkte Scheindebatte wie beim „Klimaschutzplan 2050“ wäre fatal. Die Menschen erwarten eine echte Chance für Strukturentwicklung. Diese benötigt Geld, Zeit und Vertrauen in faire und verlässliche Rahmenbedingungen. Dabei steht die Bundespolitik in besonderer Verantwortung: Wer abbaut, muss auch wieder aufbauen.

Wer ein neues Haus bauen will, sollte nicht zeitgleich dessen Fundamente abtragen. Die LEAG hat mit dem Revierkonzept vom März 2017 einen Plan vorgelegt, der einen sukzessiven Rückgang der Kohleförderung und -verstromung in den kommenden 25–30 Jahren vorsieht. Die Länder Brandenburg und Sachsen haben das Revierkonzept begrüßt und sehen in diesem einen passgenauen Teil ihrer Energie- und Klimastrategien. Dieser Plan gibt allen Beteiligten in der Region die notwendige Zeit zur Umstellung und zum Aufbau neuer Geschäftsfelder. Wir erwarten daher, dass das Revierkonzept in der Strukturkommission bestätigt und als wichtiger Eckpfeiler für eine erfolgreiche Strukturentwicklung der Lausitz anerkannt und auf weitere Zwangsmaßnahmen und regulatorische Eingriffe verzichtet wird.

Dr.-Ing. E.h. Michael von Bronk

EDITORIAL

Was bringt der Koalitionsvertrag für die Lausitz?

Seit wenigen Wochen steht der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, in dem kein verbindliches Datum für das Ende der Kohleverstromung in Deutschland festgelegt ist. Stattdessen wird die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung sowie ein Abschlussdatum erarbeiten. Der damit verbundene, notwendige Strukturwandel soll über einen Fonds für Strukturwandel aus Bundesmitteln abgesichert werden. Hier werden die neuen Bundesländer und die Lausitz deutlich gestärkt. Zwei unserer Forderungen sind eingeflossen: abgestufte Fördersätze und die Berücksichtigung des Fördergefälles zu den Nachbarstaaten Deutschlands. Ausgesprochen positiv bewerte ich den dringend notwendigen Ausbau der digitalen und Verkehrsinfrastruktur gerade im ländlichen Raum. Die bundesweit einheitlichen Übertragungsnetzentgelte sollen schnell umgesetzt werden – auch das ist für Ostdeutschland positiv. Kritisch sehe ich das Ziel, etwa 65 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Heute sind wir bei etwas mehr als 30 Prozent aus erneuerbaren Energien. Wir sollten genau hinsehen, ob dieses Ziel Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung und damit den Industriestandort Deutschland gefährdet!

Mein Fazit: Der Koalitionsvertrag ist ein Fortschritt für die Lausitz. Nun kommt es auf die konkreten Umsetzungsstrategien an. Wir bleiben dran und weisen als WiL immer wieder auf die Interessen unserer Region hin.



Katrin Bartsch

Mitglied des
WiL-Vorstandes
Geschäftsführerin
Veolia Environnement
Lausitz GmbH

WiL LÄDT ZUM TREFFEN DER REGIONALEN UND LOKALEN BRANDENBURGISCHEN WIRTSCHAFTSFÖRDERER EIN

Gemeinsam mit Matthias Loehr, Mitglied des Landtages, lud die Wirtschaftsinitiative Lausitz am 23. Februar zu einem Treffen der regionalen und lokalen brandenburgischen Wirtschaftsförderer ein. Ziel des Treffens, an dem neben den Wirtschaftsförderern weitere Vertreter der Kammern und Wirtschaftsverbände der Region teilgenommen haben, war ein Gedankenaustausch der Akteure, um so die Zusammenarbeit bei der Förderung der Wirtschaft weiter zu verbessern. Auf der Agenda standen u. a. die Erwartungen der lokalen Akteure an die Wirtschaftsförderung des Landes, die Politik sowie die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH. Eingeladen waren ebenfalls die jeweiligen Sprecher für Wirtschaft der Landtagsfraktionen von CDU und SPD.

„Mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH, der nun gestarteten länderübergreifend in Brandenburg und Sachsen tätigen Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, den lokalen Wirtschaftsförderern der Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus sowie den Kammern und Wirtschaftsverbänden engagieren sich zahlreiche starke Akteure für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Angesichts der großen Aufgabe, vor denen die Lausitz heute steht und auch in Zukunft stehen wird, ist es daher umso wichtiger, dass die Akteure der Region ihr Handeln für eine zukünftig erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung weiter untereinander abstimmen“, so Michael Schulz, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Lausitz.

Treffen der regionalen und lokalen brandenburgischen Wirtschaftsförderer



INTERNETPORTAL FÜR FACHKRÄFTE AUS DEM NACHBARLAND POLEN ENTSTEHT

Der demographische Wandel hat in den vergangenen Jahren bereits die Bevölkerungsstruktur der Lausitz verändert. Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung werden auch in Zukunft noch anhalten und die Bevölkerungsstruktur weiter beeinflussen.

„Der Fachkräftemangel erfordert neue Wege und Ideen. Wir müssen daher alle Nachwuchs- und Fachkräftepotenziale für die Region ausschöpfen“, sagt WiL-Geschäftsführer Klaus Aha. Die WiL geht gemeinsam mit Partnern dabei einen neuen Weg, um Fachkräfte für die Lausitz zu gewinnen. Mit der Unterstützung der Handwerkskammer Cottbus, der Agentur für Arbeit Cottbus und den Industrie-

und Handelskammern Cottbus und Dresden startet die Wirtschaftsinitiative Lausitz ein mehrsprachiges Internetportal für polnische Ausbildungs- und Studieninteressierte.

Auf dem Portal können sich junge Menschen in Polen über den Arbeitsmarkt und das Studium in der Lausitz informieren. Sie erfahren die wichtigsten Informationen über die Stärken der Lausitz, den hiesigen Arbeitsmarkt sowie die hohe Lebensqualität. Zudem finden sie schnell und unkompliziert in ihrer Muttersprache die jeweiligen Ansprechpartner bei den Kammern, den Agenturen für Arbeit, den Hochschulen und Universitäten sowie weiteren Institutionen der Lausitz.

KURZPORTRÄT

Mitglied Isolierungen Leipzig



Die Isolierungen Leipzig GmbH am Standort Cottbus

Die Isolierungen Leipzig GmbH im Firmenverband der G+H Group ist ein Unternehmen, das sich seit Jahren vor allem regional in den ostdeutschen Bundesländern einen Namen im Bereich der Komplettlösungen im Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz sowie für Spezialanwendungen mit Polyurethan, Spritz- und Turbinenisolierung gemacht hat. An den Standorten der Niederlassungen Berlin, Cottbus, Dresden, Halle/Saale und Leipzig sowie deren Montagebüros in Chemnitz, Bitterfeld, Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Schwedt leisten die Experten der technischen Isolierung einen Beitrag zu Energieeffizienz und Umweltschutz für die Branchen Chemie, Energie, verarbeitendes Gewerbe und im Hochbau. Isolierungen Leipzig bietet alle Dienstleistungen aus einer Hand: von der Planung über das Engineering, die Lieferung und Montage bis hin zu Wartung und Instandhaltung. Bemerkenswert sind auch internationale Erfahrungen aus Projektbeteiligungen für deutsche und österreichische Anlagenbauer in Europa und darüber hinaus. Mit der Mitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative Lausitz seit 2017 verbindet das Unternehmen die Hoffnung, deren Aktions- und Netzwerkplattform über die bisherigen Kundenkontakte hinaus und zu den regionalen Forschungseinrichtungen als Impulsgeber für die Entwicklung alternativer Geschäftsfelder jenseits der Braunkohle nutzen zu können.

Isolierungsarbeiten im Kraftwerk Eisenhüttenstadt



LAUSITZER WISSENSCHAFTSTRANSFERPREIS 2018

Diese Acht innovativen Lausitzer Kooperationen sind für den LWTP nominiert

Schutzkonzept bei Dieselabgasen

Feuerwehr Cottbus, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Die Feuerwehr Cottbus hat mit der BTU Cottbus-Senftenberg ein Schutzkonzept bei Dieselabgasen entwickelt. Das Schadensvermeidungskonzept wurde als Reaktion auf die Neueinstufung von Dieselabgasen als krebserzeugende Gefahrstoffe erarbeitet.

Digitalisierung eines Tagebaugroßgerätes

Actemium BEA GmbH, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

In der Kooperation der Actemium BEA GmbH mit Sitz in Spremberg und der BTU beschäftigte sich das Team mit der Digitalisierung eines Tagebaugroßgerätes. Unter dem Thema Mining 4.0 steht die Echtzeitdarstellung von Prozess- und Bewegungsdaten des Tagebaugroßgerätes im Zentrum der Kooperation.

Entwicklung eines neuartigen Baustoffheizsystems

Zinke-Oekoengineering, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Der Entwicklung eines neuen Heizsystems auf Basis von kohlefaserverstärkten Flugasche-Compounds widmet sich das Projekt von Zinke-Oekoengineering mit der BTU. Das Team untersucht Möglichkeiten und Fertigungstechnologien von kohlefaserbasierten modifizierten Baustoffen für elektrische Heizsysteme.

Stromgittermasten aus Beton

Mattig & Lindner GmbH, GS Ingenieurdienstleistungen, BTU Cottbus-Senftenberg

Ein gebrauchsmustergeschütztes Konstruktionssystem für Stromgittermasten kann helfen, die Abhängigkeit von Preisentwicklungen des Stahls am Weltmarkt zu reduzieren. Im Fokus des gemeinsamen Projektes der GS Ingenieurdienstleistungen, der Mattig & Lindner GmbH und der BTU stehen daher Stromgittermasten aus Beton.

Hocheffizientes Leichtbau-Wärmeübertragungssystem

TTZ GmbH & Co. KG, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Das Gemeinschaftsprojekt der TTZ GmbH & Co. KG mit der BTU entwickelt ein hocheffizientes Leichtbau-Wärmeübertragungssystem durch die gezielte Ausnutzung hochmoduliger Kohlenstofffasern. So können sowohl das Gewicht von Wärmeleitübertragungssystemen reduziert als auch deren Wärmeleitfähigkeit verbessert werden.

IT-Sicherheit der digitalen Prozessleit- und Prozessrechensysteme

Lausitzer Energie Kraftwerke AG, BTU Cottbus-Senftenberg

In Ihrem Projekt haben sich die LEAG und die BTU mit der IT-Sicherheit der digitalen Prozessleit- und Prozessrechensysteme befasst. Das Team untersucht im Projekt die Sicherheit kritischer gesteuerter Infrastrukturen, wie z. B. die Wasserversorgung oder Transportsysteme gegen Cyberangriffe.

Sicherheitsuntersuchungen an Fahrzeugen

Wernecke GmbH, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Die Wernecke GmbH und die BTU kooperieren auf dem Sektor der Sicherheitsuntersuchungen an Fahrzeugen. In einer Studie wurde untersucht, wie Kunden die Lackoberfläche von Fahrzeugen wahrnehmen und auf welche Bereiche sie besonders viel Wert legen, damit sich Dienstleister genau auf diese Bereiche besonders konzentrieren können.

Lacksysteme mit Mikrokapiteln

Druckerei Schiemenz GmbH, Technische Universität Chemnitz

Die Kooperation zwischen der Druckerei Schiemenz aus Cottbus und der TU Chemnitz hat die Entwicklung von Lacksystemen mit Mikrokapiteln zum Inhalt. Diese Mikrokapitel mit inkorporierten Schmiermitteln dienen zur Verhütung und Identifizierung von Überlastungen in fördertechnischen Anlagen in Druckereien.



WIL: SCHNELLER RÜCKZUG AUS DER KOHLE FÜHRT ZU ERHEBLICHEN EINSCHNITTEN

Im November letzten Jahres veröffentlichten 51 Unternehmen und Verbände eine Erklärung, in der diese fordern, dass die nächste Bundesregierung für zukünftige Innovationen und die Investitionssicherheit in Deutschland den Klimaschutz zu ihrer zentralen Aufgabe macht. Die WIL hat darauf reagiert und veröffentlicht hier die Antwort auf diese Erklärung aus Sicht der Lausitz.

Die Forderung der „schrittweisen Verringerung der treibhausgasintensiven Kraftwerkskapazitäten unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit und der Klimaziele ...“ durch die Unternehmen und Verbände reduziert diese Diskussion in der Öffentlichkeit, wie so häufig,

auf die Braunkohle als heimischen Energieträger. Eine Betrachtung der Energieträger Steinkohle und Erdgas sowie ihres Einsatzes über die ganze Spanne der Gewinnung und Verwertung der Rohstoffe führt jedoch dazu, dass sich die Klimabelastungen deutlich nähern. Nicht zu vernachlässigen sind hierbei zusätzlich die Fragen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit für die deutsche Industrie, bei denen die Braunkohle im Vergleich zum Erdgas gut abschneidet. Die Tatsache, dass die neuen Bundesländer und insbesondere das Lausitzer Revier die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der CO₂-Emissionen von 40 % bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 bereits im Jahr 2010

erfüllt hat, während die alten Bundesländer ihre CO₂-Emissionen lediglich um 13,7%, Süddeutschland sogar nur um 6,0 % reduzieren konnten, wird in der Diskussion dabei bedauerlicherweise nicht berücksichtigt. Der Bergbau und die Kraftwerke sind ein wichtiger Anker für die industrielle Basis der Lausitz. Ein schneller Rückzug aus der Braunkohlewirtschaft hat daher erhebliche Einschnitte in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Region zur Folge. Um diesen schwierigen Prozess erfolgreich zu meistern, bedarf es in der Lausitz und im Bund erheblicher Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Reaktion auf die Erklärung der Unternehmen und Verbände rief die WIL noch im vergangenen Jahr ausgewählte Firmen zum gemeinsamen Dialog auf und lud dazu ein, mit konstruktiven Vorschlägen und Initiativen dazu beizutragen, die anstehenden Herausforderungen in der Lausitz zu bewältigen.



1. Herr OB Pötzsch, die Stadt Weißwasser ist Mitglied in der WiL und bekennt sich damit als Stadt der Oberlausitz natürlich zur Region. Weißwasser liegt ganz im Osten der Lausitz. Welche Standortvorteile aber auch -nachteile hat die Stadt aus wirtschaftlicher Sicht durch diese Lage, und was sind weitere Faktoren, die dazu beitragen, diese Nachteile auszugleichen?

Die Infrastruktur und Stadtlage kann man als In-sellage bezeichnen, der Tagebau im Süden, der Altbergbau im Norden, der Oberlausitzer Truppenübungsplatz (TÜP) befindet sich im Südosten. Im östlichen Teil von Weißwasser/O.L. sind die Industrie- und Gewerbeflächen angesiedelt. Altlasten sowie Eigentümer von ehemaligen Industriebrachen sind Hinderungsgründe zur Erschließung oder zum Verkauf vorteiliger gelegener Gebiete. Dabei verfügt Weißwasser nur über kleinere Flächen für Ansiedlungen und die Grenzlage sowie eine fehlende Anbindung an die Autobahn sind hinderlich bei der Vermarktung. Auch hier spielte in den letzten 25 Jahren die Abwanderung und dabei speziell die von Fachkräften eine große Rolle. Über 60 % weniger Menschen als 1990 leben in der Stadt. Hier müssen Rahmenbedingungen geschaffen und erhalten werden, um Weißwasser attraktiver zu gestalten. Ein wichtiger Aspekt sind Standortfaktoren wie Kitas, Schulen und die ärztliche Versorgung im Ort. Die Freizeitmöglichkeiten in und um Weißwasser mit den vielen Seen, einem sehr gut ausgebauten Radwegenetz, drei unterschiedliche UNESCO-Label sowie wunderschöne Parkanlagen ziehen viele Touristen an und machen somit auf unsere Region positiv aufmerksam. Aufgrund eines strukturellen finanziellen Defizits sind viele freiwillige Aufgaben gefährdet und Einrichtungen wie unser kleiner Tierpark, das Glasmuseum oder die Schwimmhalle von der Schließung betroffen. Und gerade diese weichen Standortfaktoren sind für eine Kommune ein wichtiger Baustein, um Menschen zu halten bzw. wieder oder neu zu gewinnen. Viele ehemalige Weißwasseraner würden mit ihren Familien gern in ihre Heimat zurückkehren. Ein erster Rückkehrertag am 27. Dezember 2017 hat bewiesen, wie groß das Interesse ist und da setzen wir weiter an. Viele Firmen unterstützen uns dabei und wollen die Menschen hier vor Ort in Ausbildung und Arbeit bringen.

2. Welche Rolle hat die Lausitzrunde bei den politischen Gesprächen in Berlin eingenommen? Inwiefern kann die Lausitzrunde der Lausitz in Berlin eine Stimme geben?

Die Runde mit Bürgermeistern und Landräten hat vor ca. zweieinhalb Jahren den Prozess mit angestoßen und auf Entwicklungen in Bezug auf

die Braunkohleverstromung hingewiesen. Es wurden und werden viele Gespräche mit Bund und Ländern sowie der Europäischen Union geführt. Unser Wirken ist darauf ausgerichtet, dass die für die Zukunft der Lausitz so wichtige Frage „Was passiert nach der Kohle?“ zeitig gestaltet wird. Wir haben einen Strukturbruch Anfang der 90er-Jahre erlebt. Auch dieser Strukturbruch war von theoretischen Annahmen begleitet. Wir kennen die echten Auswirkungen und diese waren schmerzlich. Daher haben wir uns entschlossen, diesmal aktiv den Prozess mitzugestalten. Das kommunale Bündnis Lausitzrunde umfasst derzeit 31 Kommunen. Es agiert Ländergrenzen übergreifend und unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Mandatsträger. Es ist ganz einfach: Die Akteure sind sich einig, dass die Kommunen in dem Strukturentwicklungsprozess eine aktive Rolle übernehmen müssen und zwar unter stetiger Einbeziehung der hier lebenden Menschen. In unserem Brief an die Bundeskanzlerin vom Juni 2016 haben wir unser Ziel formuliert, das wir seitdem konsequent verfolgen: Zwischen dem Bund und den Ländern Sachsen und Brandenburg muss ein Staatsvertrag abgeschlossen werden, mit dem Ziel, die Lausitz zur europäischen Modellregion für den Strukturwandel zu machen. Ich denke, dass die Lausitzrunde durch ihr Wirken nicht nur in Berlin wahrgenommen wird. Weitere Gespräche mit den neuen politischen Vertretern sind in Planung, um weiter auf die Themen unserer Heimat – der Ober- und Niederlausitz – aufmerksam zu machen und zielführende Entwicklungen für eine gute Zukunft gemeinsam anzugehen.

3. Welche weiteren Pläne haben Sie mit der Lausitzrunde?

Wir wollen, dass die Lausitz zu einem positiven Beispiel für gelungene Strukturpolitik in ganz Europa wird. Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses bringen sich aktiv in verschiedenen Gremien (Aufsichtsräten, Beiräten, Gesellschafterversammlungen) der Akteure des Strukturwandels ein. Die Lausitzrunde wird weiter den eingeschlagenen Weg gehen und darauf achten, dass der angeschobene Prozess nicht ins Stocken kommt. Dazu werden wir zielstrebig bei den Ländern Brandenburg und Sachsen, dem Bund und der Europäischen Union unsere Vorstellungen kundtun und nach Wegen suchen, um diese dann gemeinsam zu gehen. Einer unserer wichtigsten Punkte in den nächsten Monaten ist die aktive Mitwirkung bei der Erarbeitung eines Zukunftsbildes für die Lausitz unter Einbeziehung aller Menschen, Bündnisse und Aktivitäten, die sich hier einbringen möchten. Die Mitnahme der Menschen vor Ort stellt für uns die Basis für eine Strukturentwicklung dar. Es braucht einen intensiven Beteiligungsprozess. Wir müssen die Menschen auf dem Weg in die Zukunft mitnehmen. Ich danke allen, die uns auf diesem Weg begleiten und unterstützen.

4. Wie helfen die Aktivitäten der WiL/der Lausitzrunde dabei, Weißwasser nach vorn zu bringen?

Als eine der wenigen kommunalen Vereinsmitglieder begrüßen wir unbedingt die Netzwerkfunktion der WiL. Aufgrund der Betroffenheit aller richtet sie den Blick auf die Ober- und Niederlausitz und ist eine der gemeinsamen Stimmen der Wirtschaft und der Bildung in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Die Aktivitäten der WiL bei der Fachkräf-

Herausgeber:

Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.
 Büro Brandenburg:
 Altmarkt 17, 03046 Cottbus
 Telefon: (03 55) 28 91 30 90
 Telefax: (03 55) 28 91 30 99
 Büro Sachsen:
 Telefon: (0 35 71) 45 98 42 8
 Telefax: (0 35 71) 45 98 42 9
 E-Mail: info@weil-ev.de
 Internet: www.wil-ev.de

Verantwortlich: Michael Schulz

Redaktion: Jana Wieduwilt

Fotos:

B+K, FVL, iRL, Radio Cottbus, WiL, Stadt Weißwasser, Isolierungen Leipzig

Satz, Layout und Druck:

Druckzone GmbH & Co. KG



tesicherung, der Vernetzung von Wirtschaft und Hochschulen und der Entwicklung einer Marke für die Lausitz sind wichtige Bausteine im Strukturentwicklungsprozess und werden bei der Formulierung des Zukunftsbildes unbedingt mit einfließen. Die WiL ist für uns als Stadt Weißwasser/O.L. und der Region ein wichtiger Partner beim Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze und der Stabilisierung von Branchen. Für die Lausitzrunde ist sie ein verlässlicher Mitspieler auf dem bevorstehenden langen Zukunftsweg, der vor uns liegt.

5. Welche aktuellen (beispielgebenden) Projekte werden in der Stadt Weißwasser 2018/19 verfolgt? Wie ist der Stand?

Eines der größten Projekte ist der KITA-Neubau „Regenbogen“ sowie Neubau des Hortgebäudes, welche, wenn alles nach Plan läuft, im November bezugsfertig sind. Ein weiteres Vorhaben ist die Sanierung unseres Bahnhofs mit integrierter Touristeninformation. Dieser ist ein Anlaufpunkt und Verteilerort in die Region für die Besucher und die hier lebenden Menschen. Letztgenanntes Vorhaben scheitert derzeit an den Eigenmitteln. Ebenfalls bedient die Stadt auch nicht investive Projekte wie INTERREG, BIWAQ oder ESF sowie Engagierte Stadt. In diesen Vorhaben werden viele kleine Bausteine angeschoben, um unsere Stadt lebens- und lebenswert zu erhalten, gemeinsam weiterzuentwickeln und über die Landesgrenzen hinaus bekannter zu machen. Auch das Innenmarketing soll hier gestärkt werden. Alle weiteren Projektumsetzungen werden sich an der Aufstellung eines genehmigungspflichtigen Haushaltes orientieren müssen. Von diesen sind wir jedoch derzeit noch ein ganzes Stück entfernt. Die Mitwirkung aller politischen Kräfte ist hier unbedingt notwendig.